

Zukunft statt Zocken?

Alternativen zu einer entfesselten
Wirtschaftspolitik

Meine Damen und Herren,

hören wir Politiker und verfolgen wir die Medien, dann wissen wir: Es ist doch alles in Butter. Die Banken machen Gewinne, die Konsumenten kaufen, die Wirtschaft wächst, die Arbeitslosigkeit geht zurück, die Steuereinnahmen sprudeln. Krise war gestern, heute ist Aufschwung. Auch global herrscht eitel Sonnenschein: In den Schwellenländern ist der Lebensstandard von 400 Millionen Menschen in zehn Jahren stark gestiegen.

Lohnt es sich da überhaupt, über Alternativen zu unserer Wirtschaftspolitik nachzudenken?

Ich meine: Ja. Wir müssen dies sogar.

Damit es keine Missverständnisse gibt: Auch ich habe nichts gegen gute Nachrichten. Auch ich finde einen Aufschwung besser als eine Krise. Und wer wäre nicht froh über die Botschaft, dass es in vielen Ländern des Südens mehr Menschen besser geht.

Wer allerdings behauptet, dass die Probleme, die durch die Finanz- und Wirtschaftskrise offenkundig wurden, einfach durch einen Aufschwung gelöst würden, lässt sich täuschen oder will getäuscht werden.

Für kurze Zeit schien so, als wäre die Politik bereit, aus dieser Krise zu lernen. Zum Beispiel Bundesfinanzminister Wolfgang Schäuble:

„Dies ist die erste globale Krise, die die freiheitliche und soziale Wirtschaftsordnung bedroht. Wir können nicht einfach zur Tagesordnung übergehen. Wir brauchen endlich eine nachhaltige Wirtschaftspolitik.“

Ja, das bräuchten wir.

Aber politisch ist davon nichts zu sehen. Stattdessen herrscht die Devise: Wachstum um jeden Preis. Man überschwemmt die Wirtschaft mit billigem Geld und verhandelt über ein Freihandelsabkommen, um mehr billige Produkte auf den Markt zu bekommen.

Nach wie vor gilt die Devise: Mehr arbeiten, produzieren, mehr kaufen, – weiter so und alles wird gut. Das wird es nicht.

Wir leben in einer Zeitenwende. Das gewohnte Denken, wonach ein einfaches »Weiter so« alle Probleme löst, trägt nicht mehr. Hinter den oberflächlichen Erfolgsmeldungen verbergen sich tiefe Probleme, die nicht einfach mit billigem Geld und mehr Handel gelöst werden:

Beginnen wir in Deutschland. Trotz guter Wirtschaftsdaten wird die Kluft zwischen Gewinnern und Verlierern im reichen Deutschland immer tiefer. Ein Viertel der

Deutschen ist vom Wohlstand abgehängt, darunter 2,6 Millionen Kinder. Die zehn Prozent reichsten Haushalte besitzen Jahr für Jahr mehr vom privaten Gesamtvermögen: Inzwischen sind es 60 Prozent. 50 Prozent der Bevölkerung teilen sich ein Prozent des Vermögens. Die Altersarmut wächst.

Der Arbeitsmarkt hat sich erholt. Aber er zerfällt er in Minijobs, Midijobs, Honorarverträge, Leiharbeiter, neue Selbstständige, Projektarbeit; fast jeder zweite Arbeitnehmer unter 30 hat einen befristeten Arbeitsvertrag. Die befristeten Arbeitsverhältnisse, die Leiharbeit schaffen Industrie-Nomaden: Heute hier, morgen dort. Stabile Partnerschaften, ein Leben mit Kindern oder gesellschaftliches Engagement sind so nicht zu erwarten.

Wie sehr die Wirtschaft ein Eigenleben führt, das wird nirgendwo so deutlich wie im

Finanzsystem. Es dient längst nicht mehr in erster Linie dazu, Unternehmen oder Privatleuten für Unternehmungen Geld gegen Zinsen zu leihen. Es geht darum, durch Verkauf und Spekulation von und mit Geld möglichst schnell mehr Geld zu machen – ohne dass Häuser, Firmen und andere Werte entstehen. Dieses spekulative Karussell dreht sich immer schneller, inzwischen werden an den Börsen 100.000 Wertpapiere pro Millisekunde getätigt, ohne menschlichen Zugriff – alles über Computer. Wer jedoch glaubt, die Menschen hätten mit all dem nichts zu tun, täuscht sich. Während jeden Tag 4000 Milliarden Dollar durch das Finanzsystem geistern – immer auf der Suche nach höchst möglichen Renditen, fehlt es in Kindergärten, Schulen, Pflegeheimen, Jugendzentren, Kommunen hierzulande ebenso an Geld wie für Strategien zur

Bekämpfung der Armut oder für den Schutz des Weltklimas.

Es ist diese Entwicklung, die Papst Franziskus in seinem Rundschreiben Evangelii Gaudium mit den Worten kritisiert: „Wir haben neue Götter geschaffen. Die Anbetung des antiken goldenen Kalbs hat eine neue und erbarmungslose Form gefunden im Fetischismus des Geldes und in der Diktatur einer Wirtschaft ohne Gesicht und ohne ein wirkliches Ziel.“

Weltwirtschaftlich haben 300 bis 400 Millionen Menschen von der Globalisierung profitiert. Doch die Spaltung zwischen Arm und Reich ist brutaler denn je. Die 85 reichsten Menschen der Welt besitzen so viel Geld wie 3,8 Milliarden andere. 800 Millionen Menschen hungern, obwohl es genügend zu essen gibt. Ein Weltkonzern wie Apple machte im vergangenen Jahr 28,7 Milliarden

Dollar Gewinn und zahlte 556 Millionen Dollar Steuern – ein Satz von 1,9 Prozent. Die Armen liefern die Rohstoffe für den Wohlstand der Reichen: 30 Prozent der Nahrungsmittel sind Futtermittel für Tiere. Die Ausbeutung der Rohstoffe für unsere Elektronik kostet Menschenleben. Landkäufer, unter ihnen ganze Staaten, haben Flächen erworben haben so groß Deutschland, Großbritannien, Frankreich, Spanien, Italien, Belgien und die Niederlande zusammen. Oft vertreiben sie die Kleinbauern.

Es ist nur zu verständlich, wenn Papst Franziskus „nein sagt zu einer Wirtschaft der Ausschließung und der Disparität der Einkommen, wenn er Nein sagt zu einer Wirtschaft, die tötet.

Gleichzeitig breitet sich im Süden und Osten der Welt jener industrielle Turbokapitalismus aus, den die Industrieländer zur Perfektion

entwickelt haben: Automobilität, Kohlekraft, Atomkraft, hoher Ressourcenverbrauch.

Natürlich hat der Süden dazu so lange das Recht, wie wir uns das Recht nehmen. Doch klar ist: Die Welt hält es nicht aus, wenn alle Menschen so viel Auto fahren wie Amerikaner und Deutsche. Die Rohstoffe werden knapp, das Klima wird wärmer, es gibt Kriege um Rohstoffe, Millionen fliehen aus ihrer Heimat.

Wir leben nach dem Motto: Nach uns die Sintflut. Alle machen weiter wie immer, obwohl sie wissen, dass es so nicht weitergeht

Bleibt da noch was außer Verzweiflung? Die Antwort: Durchaus. Denn nicht alle machen weiter wie bisher.

Ich erlebe auf meinen Reisen, was Menschen bei aller Apathie noch auf die Beine stellen, welchen Mut sie noch haben.

Begleiten Sie mich zu sechs Reisezielen.

1. Einen anderen Aufbruch schildert die Stadt Neuss: Sie ist seit 2006 eine besonders Kommune: Seit diesem Jahr berücksichtigt die Stadt bei allen öffentlichen Ausschreibungen soziale und ökologische Kriterien. Ob Pflastersteine für den Marktplatz, Handwerksarbeiten in Schulhöfen, Kaffee in den Rathäusern – Pflastersteine aus Kinderhand, Betriebe ohne tarifliche Bezahlung und Billigkaffee haben keine Chance. Das ist gut für Handwerker aus Indien, Arbeitnehmer aus Deutschland und Kleinbauern aus dem Süden. Inzwischen machen das 250 Kommunen. Man stelle sich nur vor, alle 11.000 deutschen Kommunen würden so einkaufen. Das wäre eine Nachfrage von 360 Milliarden Euro nach Gerechtigkeit und Umweltschutz? Man stelle sich vor, alle Kirchengemeinden würde so einkaufen, dann wäre diese eine jährliche faire Beschaffung von mehreren Milliarden.

2. GLS ist der Name einer Bank. Das heißt Geben Leihen Schenken. Die Bank wurde vor 35 Jahren von jungen Bankern gegründet. Für sie sind Banker nicht Renditemacher, sondern Möglichmacher, sagte mir einmal GLS-Chef Thomas Jorberg. Die Bank zahlt Zinsen wie andere Banken, doch sie spekulieren nicht mit dem Geld ihrer Kunden, sie finanzieren keine Waffen, keine Umweltzerstörung. Und alle Kunden können entscheiden: ob die Bank mit ihrem Geld Kindergärten und Schulen, neue Unternehmen, Handwerker Biohöfe, erneuerbare Energieträger, Wohnprojekte für ältere Menschen, junge Musiker oder Obdachlose fördern wollen. Dies zeigt: Man kann mit Geld anders umgehen als das üblich ist. Und dieser Umgang ist erfolgreich. Vor fünf Jahren hatte die Bank weniger als 60.000 Kunden— jetzt hat sie mehr als 120.000.

3. Basel: Dort führt die Kantonsregierung seit 14 Jahren vor, wie Ressourcen verteuert und

deshalb gespart werden – ohne dass sie sozial Schwächeren besonders bluten müssen. Die Kantonsregierung erhebt eine Abgabe von 25 Prozent auf den Strompreis. Sie sackt das Geld jedoch nicht ein, sondern zahlt es an Bürger und Unternehmen zurück. Und zwar gerecht: Mitte des folgenden Jahres erhält jeder Bürger, vom Baby bis zum Greis, und jedes Unternehmen für jeden Arbeitsplatz den gleichen Betrag ausbezahlt. Da alle den gleichen Betrag erhalten, versuchen sie, möglichst wenig Strom zu verbrauchen, um möglichst stark von der Rückzahlung zu profitieren. Das Ergebnis: Seit Jahren geht der Stromverbrauch der Hochindustriestadt jährlich zurück – und der Ökobonus sorgt dafür, dass die Einsparung sozial gerecht geschieht. Fair und anders – das geht.

4. Das vierte Reiseziel ist die Flachglas Wernberg GmbH in Weiden. Anfang dieses Jahrtausends sollte die Tochtergesellschaft

eines britischen Glaskonzerns verkauft werden – mit der Aussicht, dass der kaufende Konzern nur wenige Beschäftigte übernimmt. Da entschlossen sich die 670 Beschäftigten unter Führung des Betriebsrates – und mit Unterstützung der katholischen Betriebsseelsorge zu einem einmaligen Schritt: Sie wollten das Unternehmen selbst kaufen. Dann hatten sie große Probleme: keine Kredite, keine Bürgschaft. Unter Einsatz von Lohnanteilen und Weihnachtsgeld erwarben sie 51 Prozent des Unternehmens. Dieser Schritt hat sich ausgezahlt. Die Beschäftigten konnten auf diese Weise ihre Arbeitsplätze retten. Und noch mehr: Sie bestimmen über ihr Unternehmen selbst und sind eindeutig solidarischer: 54 Schwerbehinderte, 86 Ausbildungsplätze.

5. Reisen wir weiter zu Bas van Abel. Er ist Niederländer und Industriedesigner. Aber kein gewöhnlicher. Er hat das erste faire

Smartphone entworfen. Die Waag-Stiftung bewies damit großen Mut: Sie drang bei chinesischen Zulieferern auf existenzsichernde Löhne – und kontrolliert sie. Und sie kauft Rohstoffe aus zertifizierten Minen. Dabei machen es sich die Initiatoren des Fair-Handys nicht einfach. Sie versuchen, die herrschenden Lieferketten zu humanisieren. Doch genau dies macht die Initiative so spannend. Sie versucht nichts weniger als einen ökofairen Welthandel. Die ersten Fairphones wurden ausgeliefert.

6. Aus einer anderen Initiative, ist bisher leider nichts geworden. Ecuadors Regierung hat angeboten, auf die Ölförderung in einer riesigen Urwaldregion zu verzichten, wenn die Weltgemeinschaft dafür bezahlt.

Staatspräsident Raffael Correa wollte auf die Ausbeutung der 7,2 Milliarden Dollar schweren Ölvorkommen unter der Yasuni-Region verzichten, wenn die

Weltgemeinschaft ihm die Hälfte dieser Einnahmen erstattet. Bisher ist dies nicht geschehen – und jetzt droht die Gefahr von Ölbohrungen im Yasuni-Park. Damit hat die Weltgemeinschaft einige riesige Chance auf eine neue Priorität in der Weltpolitik verpasst: Nämlich Geld zu bezahlen, damit nichts zerstört wird. Das wäre wahrlich neu. Und dringend notwendig.

7. Dann reisen wir in einen anderen Teil der Erde, nach Namibia, konkret in das Dorf Otjivero. Dort veranstaltete die Evangelische Kirche eine einmalige Aktion. Zwei Jahre lang erhielten alle 1200 Bewohner unter 60 Jahren des Dorfes Otjivero im Osten von Namibia umgerechnet zehn Euro pro Monat – das entspricht etwa der Kaufkraft des Hartz-IV-Satzes von 357 Euro. Das Ergebnis dieses Experiments ist überraschend. Die zehn Euro haben die Dorfbewohner richtig aufgeweckt. Die geschäftlichen Aktivitäten nahmen rasant

zu – vom Brotbacken über einen Kaufladen bis hin zu Reparaturarbeiten aller Art. Inzwischen besucht jedes Kind eine Schule, zuvor waren es weniger als die Hälfte – die Eltern hatten einfach nicht das Schulgeld.

Gleichzeitig wuchs unter den Bewohnern das Selbstbewusstsein jener, die bisher wenig zu sagen hatten: der Frauen. Manche – vor allem jüngere – Männer verkrafteten das Grundeinkommen anfangs nicht. Sie haben es gleich nach Erhalt versoffen. Die Verantwortlichen mussten einschreiten: Sie haben das Grundeinkommen nur noch wöchentlich ausgezahlt – zudem erhalten die Mütter das Geld für alle ihre Kinder. Danach hat sich die Lage beruhigt. Insgesamt hat sich das Lebensniveau in dem Dorf deutlich verbessert – und der Zusammenhalt auch. Man stelle sich dies in einem afghanischen Dorf vor. Da würde mehr Demokratie und Gerechtigkeit entstehen, als dies Militär je

schafft. Gut ist, dass nach einer Unterbrechung jetzt wieder Grundeinkommen gezahlt wird. Die Waldenserkirche hat das Modell gerettet.

Es gibt sie also, jene Menschen, die als Verbraucherin Unternehmer, Politiker, Banker sagen: ein anderes Wirtschaften ist möglich.

Viele werden sagen. Das sind alles Inseln im Meer des Gewinnmaximierungs-Kapitalismus.

Das stimmt. Und das hat einen Vorteil und einen Nachteil. Der Vorteil ist, dass diese Inseln im Kleinen zeigen, was im Großen möglich wäre. Das beliebte Argument – das geht doch nicht – wird entkräftet.

Aber diese Inseln zeigen auch die Grenzen von einzelnen Modellen auf. Es reicht nicht, wenn 250 Städte ökofair einkaufen – und die anderen nicht. Es reicht nicht, wenn es eine gute Bank gibt, solange das Finanzsystem auf Rendite beruht. Jedes verkauft Pfund fair

gehandelten Kaffee ist wichtig. Und doch macht der faire Handel nur ein Prozent des Welthandels aus.

Modelle, Basisinitiativen, einfach mal was ausprobieren, Inseln schaffen – all das ist wichtig. Aber zur Veränderung des Festlandes braucht es mehr als einige Inseln. Nämlich eine Politik, die eben jene sozialen und ökologischen Prinzipien fördert, die auf diesen Inseln herrschen. Und das ist möglich.

Stellen Sie sich vor, die Politik würde wirklich Veränderungen wollen, dann bieten sich fünf zentrale Schritte an, national und international:

1. Schritt ist eine gerechtere Verteilung des Reichtums in Deutschland

Deutschland braucht weniger Schulden, mehr Gerechtigkeit und mehr Investitionen. Diese Ziele kann man nicht erreichen, wenn der Reichtum immer mehr verspekuliert wird. Deshalb braucht es den Mut zu einer Vermögensabgabe, zu einem höheren Spitzensteuersatz, zu höheren Steuern auf hohe Erbschaften und auf den Luxuskonsum. Dann kann der Staat mehr in die Zukunft investieren: in Forschung und Entwicklung; in Bahn, Rad und Busse, in eine umweltverträgliche Energiewende, in sozialverträgliche Wohnungen, in die Betreuung von Kindern aus prekären Verhältnissen. Und nur mit höheren Einnahmen kann der Staat Benachteiligte besser absichern, Familien fördern und eine Mindestrente finanzieren. Dann würde die Kluft zwischen wachsendem privatem Reichtum und öffentlicher Armut geringer. Dann wird das Land gerechter.

Und sorgen wir dafür, dass diese Politik auch international durchgesetzt wird. Beginnen wir in der Europäischen Union. Schaffen wir in allen Ländern gesetzliche Mindestlöhne. Trocknen wir die Steueroasen in der Union aus, schaffen wir Mindeststeuern in allen Ländern und sorgen wir dafür, dass alle Finanzämter anderen Finanzämtern Auskünfte über Steuerflüchtlinge erteilen. Dann wird Europa gerechter.

2. Schritt: Einstieg in eine ökologische Wirtschaftsweise, die dennoch gerecht ist

Stellen Sie sich folgendes vor. Die Regierung erhebt Abgaben auf Sprit, auf Heizöl, auf Erdgas, auf Kerosin, auf endliche Rohstoffe. Und nehmen wir weiter an: die Regierung gibt die Einnahmen aus den Ökoabgaben an die Bürger zurück – wie in Basel. Dann erleben wir, wovon Wolfgang Schäuble träumt: eine nachhaltige Entwicklung: Unternehmen und

Privathaushalte, die Ressourcen sparen, werden mehr vom Staat herausbekommen, als sie über die Ökoabgaben bezahlen. Und so umweltgerecht wirtschaften wie möglich. Deutschland wird zum Vorreiter eines neuen Wirtschaftsmodells, das mit weniger Ressourcen auskommt und trotzdem gerecht wirtschaftet.

3. Schritt: Andere Unternehmenspolitik – anderes Bankwesen

Bei Unternehmen und Banken denken Politik und Medien vor allem an Aktiengesellschaften und Großbanken. Doch diese folgen in besonderem Maße der Devise, möglichst viel Rendite in möglichst kurzer Zeit. Deshalb braucht es Gesetze, die andere Unternehmen und ein anderes Bankwesen fördern: Es beginnt Gesetzen zur Entschleunigung: keine Bilanzierung alle drei Monate, Steuervorteile für Langzeit-Aktionäre, Förderung von

Genossenschaften und Förderung der Übernahme von Unternehmen durch ihre Belegschaften. Großbanken müssen sicherer werden. Das werden sie durch mehr Eigenkapital, auch konservative Ökonomen sprechen von 25 Prozent, statt derzeit 2 bis 4. Die Schweizer Großbanken haben eine Quote von 19 Prozent. Wenn es um ihr eigenes Geld geht, dann werden die Banken vorsichtiger, dann müssen sie nicht mehr vom Steuerzahler gerettet werden. Notwendig ist eine Finanzumsatzsteuer, die kurzfristige spekulative Geldbewegungen belastet. Und wir brauchen Banken, die ihre Kunden mitentscheiden lassen, wohin sie deren Gelder investieren – und regionale Geldsysteme, die die regionale Wirtschaft fördern – in Nord und Süd

4. Fair Trade statt Freihandel

Politik, Wirtschaft und Wissenschaft orientieren sich an einem freien Welthandel. Mehr Konkurrenz, wenig Vorschriften sorgen überall für billigere Produkte. Alle können sich mehr leisten. Das Dumme ist nur, dass jetzt die Anbieter im Vorteil sind, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen bieten, jene Länder, die geringe Umweltstandards haben oder keine, jene Unternehmen, die geringe Löhne zahlen. Fairer und ökologischer wird die Weltwirtschaft dadurch nicht. Das wird sie erst durch einen fairen Handel. Sorgen wir also dafür, dass nur Länder am internationalen Handel teilnehmen dürfen, die soziale Mindestauflagen einhalten, so dass nicht mehr billige Grabsteine, billiger Kaffee oder billige T-Shirts oder andere Waren auf unsere Märkte kommen, die nur deshalb so billig sind, weil die Beschäftigten so wenig bekommen. Sorgen wir dafür, dass zwischen USA und der EU die höchst möglichen

sozialen, gesundheitlichen und ökologischen Standards herrschen und nicht die geringsten. Das wäre eine Vision und nicht der Freihandel.

5. Schritt: Ein sozial-ökologischer Marshallplan

Stellen wir uns vor, die Staaten führen tatsächlich internationale Steuern ein, sei es eine Finanzmarktsteuer, eine Kohlendioxidsteuer oder eine Kerosin-Steuer. Und stellen wir uns weiter vor, ein Teil der Einnahmen fließt in einen globalen Marshallplan. Dieser Marshallplan könnte mit diesem Geld gezielt die Nachhaltigkeit global fördern: durch regionale Wirtschaftsmodelle wie das Grundeinkommen, durch Investitionen in Erneuerbare Energien, durch den Schutz riesiger Naturschutzgebiete vor der Zerstörung durch Rohstoff-Förderung. Das wäre ein Fonds für eine globale nachhaltige Entwicklung.

Stellen Sie sich nur für einen Augenblick vor, diese fünf Schritte wären Wirklichkeit, dann würde die Welt anders wirtschaften:

Jetzt hat ein reiches Land den Mut, den Reichtum gerechter zu verteilen. Jetzt wird in die Zukunft investiert. Alle Menschen sind sicherer vor Armut als heute. Jetzt sorgen Ökoabgaben dafür, dass sich Arbeit und Leben verändern. Die Wirtschaft ähnelt jetzt mehr einem Segelboot als einem Tanker. Die Wegwerfgesellschaft läuft aus, sie ist zu teuer. Wir treten ein in eine Langfrist-Ökonomie. Jetzt haben wir Unternehmen und Banken, die den Menschen dient und nicht umgekehrt. Jetzt regieren die Prinzipien des fairen Handels, jetzt genießen auch die Armen das Recht auf ein würdiges Leben. Jetzt fördert ein globaler Marshallplan eine Wirtschaftsweise, die eine Entwicklung möglich macht, ohne die Welt zu zerstören.

Jetzt sind wir auf dem Weg zu einer gerechten, ressourcenarmen Wirtschaft.

Bleibt die Frage: Wie kommen wir dahin?

Erstens, indem wir uns selbst verändern, dort, wo wir leben: Es gab noch so viele fair gehandelte Waren; es gab noch nie so viele ökologisch produzierte Waren, es gab noch so viele Möglichkeiten, sein Geld ethisch anzulegen; wir können entscheiden, woher wir den Strom beziehen; noch nie hatten Kirchengemeinden oder Städte so viel Macht, zu entscheiden, ob sie billig einkaufen oder ökofair. Und noch nie haben so viele Leute an verschiedenen Orten so viel Neues ausprobiert wie zurzeit: Produkte teilen, Repaircafés, anders essen

Aber: Eine bessere Welt kaufen, ausprobieren und ersparen, ist wichtig. Dennoch reicht es nicht. Veränderung wird erst zur

Massenbewegung, wenn sie durch politische Rahmenbedingungen befördert werden.

Wie und dass dies geht, zeigt die Energiepolitik. Weil Bürgerinnen und Bürger jahrzehntelang gegen Atomkraft demonstriert und mobilisiert haben – ohne Angst, gemeinsam, entschied sich die Politik nach der Katastrophe von Fukushima zur Umkehr, zur Abkehr von Atomkraft, zur Energiewende.

Das zeigt: Wenn Menschen aktiv werden, ihre Ängste überwinden, vernetzt, gemeinsam realistische Alternativen denken und leben, dann bereiten sie den Boden für Veränderungen. Das ist in der Energiepolitik so – das ist bei Gerechtigkeit so, im fairen Handel und in anderen Bereichen.

Schön wäre nur, wenn die Politik nicht für jede Umkehr eine große Katastrophe brauchen würde.

Danke